

This is a digital copy of a book that was preserved for generations on library shelves before it was carefully scanned by Google as part of a project to make the world's books discoverable online.

It has survived long enough for the copyright to expire and the book to enter the public domain. A public domain book is one that was never subject to copyright or whose legal copyright term has expired. Whether a book is in the public domain may vary country to country. Public domain books are our gateways to the past, representing a wealth of history, culture and knowledge that's often difficult to discover.

Marks, notations and other marginalia present in the original volume will appear in this file - a reminder of this book's long journey from the publisher to a library and finally to you.

Usage guidelines

Google is proud to partner with libraries to digitize public domain materials and make them widely accessible. Public domain books belong to the public and we are merely their custodians. Nevertheless, this work is expensive, so in order to keep providing this resource, we have taken steps to prevent abuse by commercial parties, including placing technical restrictions on automated querying.

We also ask that you:

- + *Make non-commercial use of the files* We designed Google Book Search for use by individuals, and we request that you use these files for personal, non-commercial purposes.
- + Refrain from automated querying Do not send automated queries of any sort to Google's system: If you are conducting research on machine translation, optical character recognition or other areas where access to a large amount of text is helpful, please contact us. We encourage the use of public domain materials for these purposes and may be able to help.
- + *Maintain attribution* The Google "watermark" you see on each file is essential for informing people about this project and helping them find additional materials through Google Book Search. Please do not remove it.
- + *Keep it legal* Whatever your use, remember that you are responsible for ensuring that what you are doing is legal. Do not assume that just because we believe a book is in the public domain for users in the United States, that the work is also in the public domain for users in other countries. Whether a book is still in copyright varies from country to country, and we can't offer guidance on whether any specific use of any specific book is allowed. Please do not assume that a book's appearance in Google Book Search means it can be used in any manner anywhere in the world. Copyright infringement liability can be quite severe.

About Google Book Search

Google's mission is to organize the world's information and to make it universally accessible and useful. Google Book Search helps readers discover the world's books while helping authors and publishers reach new audiences. You can search through the full text of this book on the web at http://books.google.com/



Über dieses Buch

Dies ist ein digitales Exemplar eines Buches, das seit Generationen in den Regalen der Bibliotheken aufbewahrt wurde, bevor es von Google im Rahmen eines Projekts, mit dem die Bücher dieser Welt online verfügbar gemacht werden sollen, sorgfältig gescannt wurde.

Das Buch hat das Urheberrecht überdauert und kann nun öffentlich zugänglich gemacht werden. Ein öffentlich zugängliches Buch ist ein Buch, das niemals Urheberrechten unterlag oder bei dem die Schutzfrist des Urheberrechts abgelaufen ist. Ob ein Buch öffentlich zugänglich ist, kann von Land zu Land unterschiedlich sein. Öffentlich zugängliche Bücher sind unser Tor zur Vergangenheit und stellen ein geschichtliches, kulturelles und wissenschaftliches Vermögen dar, das häufig nur schwierig zu entdecken ist.

Gebrauchsspuren, Anmerkungen und andere Randbemerkungen, die im Originalband enthalten sind, finden sich auch in dieser Datei – eine Erinnerung an die lange Reise, die das Buch vom Verleger zu einer Bibliothek und weiter zu Ihnen hinter sich gebracht hat.

Nutzungsrichtlinien

Google ist stolz, mit Bibliotheken in partnerschaftlicher Zusammenarbeit öffentlich zugängliches Material zu digitalisieren und einer breiten Masse zugänglich zu machen. Öffentlich zugängliche Bücher gehören der Öffentlichkeit, und wir sind nur ihre Hüter. Nichtsdestotrotz ist diese Arbeit kostspielig. Um diese Ressource weiterhin zur Verfügung stellen zu können, haben wir Schritte unternommen, um den Missbrauch durch kommerzielle Parteien zu verhindern. Dazu gehören technische Einschränkungen für automatisierte Abfragen.

Wir bitten Sie um Einhaltung folgender Richtlinien:

- + *Nutzung der Dateien zu nichtkommerziellen Zwecken* Wir haben Google Buchsuche für Endanwender konzipiert und möchten, dass Sie diese Dateien nur für persönliche, nichtkommerzielle Zwecke verwenden.
- + *Keine automatisierten Abfragen* Senden Sie keine automatisierten Abfragen irgendwelcher Art an das Google-System. Wenn Sie Recherchen über maschinelle Übersetzung, optische Zeichenerkennung oder andere Bereiche durchführen, in denen der Zugang zu Text in großen Mengen nützlich ist, wenden Sie sich bitte an uns. Wir fördern die Nutzung des öffentlich zugänglichen Materials für diese Zwecke und können Ihnen unter Umständen helfen.
- + Beibehaltung von Google-Markenelementen Das "Wasserzeichen" von Google, das Sie in jeder Datei finden, ist wichtig zur Information über dieses Projekt und hilft den Anwendern weiteres Material über Google Buchsuche zu finden. Bitte entfernen Sie das Wasserzeichen nicht.
- + Bewegen Sie sich innerhalb der Legalität Unabhängig von Ihrem Verwendungszweck müssen Sie sich Ihrer Verantwortung bewusst sein, sicherzustellen, dass Ihre Nutzung legal ist. Gehen Sie nicht davon aus, dass ein Buch, das nach unserem Dafürhalten für Nutzer in den USA öffentlich zugänglich ist, auch für Nutzer in anderen Ländern öffentlich zugänglich ist. Ob ein Buch noch dem Urheberrecht unterliegt, ist von Land zu Land verschieden. Wir können keine Beratung leisten, ob eine bestimmte Nutzung eines bestimmten Buches gesetzlich zulässig ist. Gehen Sie nicht davon aus, dass das Erscheinen eines Buchs in Google Buchsuche bedeutet, dass es in jeder Form und überall auf der Welt verwendet werden kann. Eine Urheberrechtsverletzung kann schwerwiegende Folgen haben.

Über Google Buchsuche

Das Ziel von Google besteht darin, die weltweiten Informationen zu organisieren und allgemein nutzbar und zugänglich zu machen. Google Buchsuche hilft Lesern dabei, die Bücher dieser Welt zu entdecken, und unterstützt Autoren und Verleger dabei, neue Zielgruppen zu erreichen. Den gesamten Buchtext können Sie im Internet unter http://books.google.com/durchsuchen.



KRAHMER

STEINS STAEDTEORDNUNG
1908

LAW LIBRARY

GER 969 GTE/K



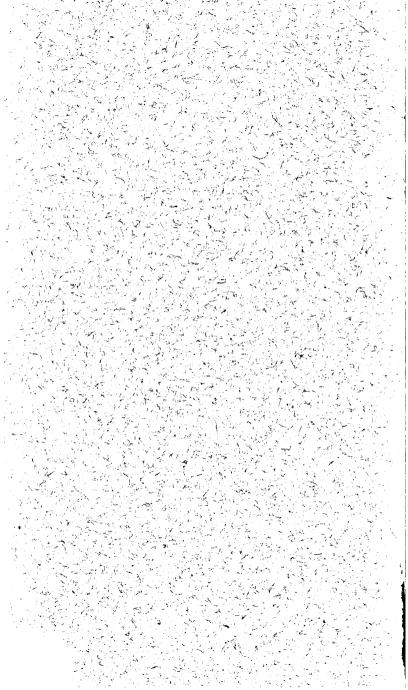
r. Forst Krahmer

(548)

Steins Städteordnung

Festrede zur Jahrhundertfeier im Hallischen Bürgerverein

Verlag der Humbaudinne des Walsenbauses



Skin, Heinrich F. K., treation

steins Städteordnung

Festrebe zur Jahrhundertseier im Hallschen Bürgerverein

Horst Erahmer

Dr. Horft Arahmer Stadtrat und Privatbogenten in Salle a.b. S.

Halle a. b. S. Berlag ber Buchhandlung bes Waifenhaufes 1908

> GER. 969 51

Meinen Hallischen Mitbürgern

als Feftgabe.

MAY 12 1921

Dochansehnliche Festversammlung!

Ein ernstes Gebenkfest feiern wir heute, ein Fest stolzer Erinnerung. In schwerer, trüber Zeit hat sich vor 100 Jahren die preußische Staatsregierung aus Unsicherheit und Gesahr zurüczgesunden zu innerer Festigung. Einsicht, Treue und tätige Mitarbeit der Bolksgesamtheit wurden wieder die Wurzeln ihrer Kraft. Das Bewußtsein, nunmehr mitverantwortlich zu sein für das Gedeihen des Ganzen, zwang Bürger und Bauer, im gemeinsamen Interesse und zum allgemeinen Besten fortan die bestreiten Kräfte zu regen.

An dem einen Tage von Jena war zertreten worden, was ein ganzes Jahrhundert preußischer Tüchtigkeit und Besonnenheit geschaffen hatte. Der König von Preußen hatte nicht nur eine Bataille versloren, es war nicht nur das in ganz Europa gefürchtete Kriegsheer des größten Hohenzollern über Nacht zuschanden geworden, sondern es begann selbst der Fels zu wanken, auf den der bedeutendste Organisator des preußischen Staates, Friedrich Wilhelm I., seine Souveränität stabiliert hatte.

Erst jest, nachbem in ben lesten Jahrzehnten bas preußische Staatsarchiv seine Schätze aus bem 18. Jahrhundert bekannt gegeben hat, konnen wir staunend erkennen, welch umfassende, alles berück-

fichtigende Aufgaben fich in jener Zeit die bran: benburgisch=preußische Staatsver: maltung geftellt bat. Ihr ganges Bemühen mat barauf gerichtet, von zentraler Stelle aus mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln den positiven Wohl: ftand der Nation zu erhöhen. Ihre Sorgfalt gali ber Bevölferung bes Landes, dem Unterhalte ber Ginmohner bis in die fleinsten Gingel: heiten hinein. Die höchste Verwaltungsbehörde das General = Direktorium und die por thm abhängigen Kriegs= und Domanenkammern folg: hierin ben herrschenden staatswiffenschaftlichen Grundfagen des Merkantilismus: alle Wirt schaftsverhältniffe bevormundend zu leiten, um bie Quelle des Nationalreichtums, als bi man damals das vom Auslande zu er: werbende Geld anfah, möglichst produktiv 31 gestalten. "Das Recht zum Gewerbebetrieb wurd obrigkeitlich verliehen, die Verhältniffe der Gewerbe treibenben in Zünften geregelt. Der Arbeitsvertrag war autoritär normiert. Arbeitszeit und Arbeitslohr waren vorgeschrieben, auch ber Preis bes Arbeits produktes. Handelsbetriebe und Verkehrsunterneh mungen unterlagen zahlreichen Ordnungen und Privi legien. Fremde Waren murben mit Bollen belaftet um die einheimischen Produtte ju ichugen; die Ge werbebetriebe im Inlande wurden gur Ausfuhr an gespornt burch staatliche Unterstützungsgelber. Landwirtschaft unterstand Vorschriften über bie Ar

ber Bewirtschaftung und Ordnungen des Getreides handels im In- und mit dem Auslande; ihre aus dem Mittelalter überkommenen Rechte und Abhängigs keitsverhältnisse bestanden noch: die öffentliche Berzwaltung und Gerichtsbarkeit lag in den Händen der Gutsherren, einer abgeschlossenen Klasse, in die kein Außenstehender eindringen konnte. Ihnen war die große Menge der Bauern unterworfen, die in personslicher Gebundenheit an das Gut des Grundherrn ihm Knechte, Mägde und Gesinde zu persönlichen Diensten stellen mußten, ihm für die Bearbeitung seines Bodens Leistungen zu gewähren hatten und ihm von ihrem eigenen Ertrage Abgaben schuldeten."

Die Städte maren nicht mehr, wie im Mittelalter, fast besondere Staaten im Staate: felb= ftanbige, korporativ mit eigener Rechtsperfonlichkeit ausgestattete Gemeinwesen, angegliebert ben Gefamtgilden der Raufleute und Sandwerker, um die fich die perfonlich frei geworbene Burgerichaft friftallifierte, fie besagen nicht mehr die eigene Verwaltung unter ihrem kollegialischen, freigemählten Stadtrate. Recht zur Selbstgesetzgebung, ihre eigene Berichts: barkeit, ihr eigenes Besteuerungerecht maren babin. Rur in der Erinnerung der Burger lebte und in ihren Bauten und Runftwerten, ihrer Berfonlichkeits= kultur und in individueller Begüterung fam noch zum Ausbruck ber Gebanke an die Glanzzeit ber beutschen Städte, das ausgehende 15. Jahrhundert, die Zeit ber Meisterfinger und ber Aufnahme bes romischen

Rechtes in Deutschland, ben Borabend ber Reformation.

Die Städte Preußens, wie die der anderen auf Rosten des alten deutschen Raisertums emporgekommenen Territorial-Herrschaften, waren nur örtlich besonders abgegrenzte Bezirke der einheitlichen allgemeinen Staats: verwaltung. Ihr Magistrat wurde in Gemeinschaft mit Polizei und Gerichtsbarkeit vom Könige bestellt, dessen Kommissar unter Kontrolle der Kriegsund Domänenkammer die Verwaltung leitete und die Bürger, als die nur Kausseute und Gewerbetreibende anzusehen waren, dirigierte.

Dem Bürger blieb ber "beschränkte Untertanenverstanb" verstattet. —

über dem Rheine revolutionierte die Aufklärungsphilosophie die Köpfe: Boltaire
mit spihem Spott, Rousseau mit markigem Pathos
zerbrachen die alte Autorität. Montesquieu beanspruchte im Geist der Gesetze die Trennung der drei Gewalten: Gesetzebung, Verwaltung, Rechtsprechung; der Abbe Sieyes verlangte die Berechtigungen des britten Standes, und die Lehre von der natürlichen Gleichberechtigung aller Menschen ward als ein Grundrecht des Individuums in Verstand und Herz des gemeinen Mannes eingepflanzt.

Und währenddessen in Deutschland man diesem und den ihm folgenden Greueln zusah, während in Weimar Goethe den Spinozismus, die panthes istische Gott= und Welt=Auffassung in die schönste Form goß, während Schiller sein Bolk durch die leidenschaftliche Darstellung der Gedanken des größten Mannes des 18. Jahrhunderts entzückte, des erstaunlichen Imanuel Kant, der damals im ruhigen Ernste in Königsberg die Kritik der reinen Bernunft schrieb und die Gesetze alles menschlichen Denkvermögens klarlegte, blieb man in Berlin vom Geiste der Zeit trop Ricolai unbewegt.

3m preußischen Staate herrichte nureiner: ber Rönigvon Preußen. ganze Fulle aller Gewalten vereinigte fich in feiner Berfon. Er unterstand nur benjenigen schränkungen, die er fich felbft auferlegte, bergeftalt, daß noch die Berfaffung, die ber preußische Staat erhalten hat, rechtlich als Selbst= nach 1848 beschränkung der Monarchie angesehen wird. Reinem irdischen Menschen, nur feinem Gotte mar ber unbeschränkte Rönig von Preußen verantwortlich, an feines Freundes ober Beamten, an feines Menfchen Rat gehunben.

Und diese rechtlich vollkommene Kraft war dermalen in die Hand eines schwachen Mannes gelegt. Wir, deren Feststehen zum monarchischen Staatszgedanken keinen Zweifel dulbet, scheiden mit Recht von der Unverletzbarkeit dieses richtigen Prinzips die individuelle Persönlichkeit des jeweiligen Trägers der Krone.

Friedrich Wilhelm III., ernft= und pflichtgetreu,

Rechtes in Deutschland, ben Borabend ber Reformation.

Die Städte Preußens, wie die der anderen auf Rosten des alten beutschen Raisertums emporgekommenen Territorial-Herrschaften, waren nur ört lich besonders abgegrenzte Bezirke der einheitlichen allgemeinen Staatsverwaltung. Ihr Magistrat wurde in Gemeinschaft mit Polizei und Gerichtsbarkeit vom Könige bestellt, bessen Kommissar unter Kontrolle der Kriegsund Domänenkammer die Verwaltung leitete und die Bürger, als die nur Kaufleute und Gewerbetreibende anzusehen waren, dirigierte.

Dem Bürger blieb ber "beschränkte Untertanenverstand" verstattet. —

über dem Rheine revolutionierte die Aufstlärungsphilosophie die Köpfe: Boltaire mit spikem Spott, Rousseau mit markigem Pathos zerbrachen die alte Autorität. Montesquieu beanspruchte im Geift der Gesetze die Trennung der drei Gewalten: Gesetzebung, Berwaltung, Rechtsprechung; der Abbe Sieyds verlangte die Berechtigungen des dritten Standes, und die Lehre von der natürlichen Gleichberechtigung aller Menschen ward als ein Grundrecht des Individuums in Berstand und Herz des gemeinen Mannes eingepflanzt.

Und mährendbeffen in Deutschland man biefem und den ihm folgenden Greueln zusah, mährend in Weimar Goethe den Spinozismus, die pantheistische Gott= und Welt=Auffassung in die schönste Form goß, während Schiller sein Bolk durch die leidenschaftliche Darstellung der Gedanken des größten Mannes des 18. Jahrhunderts entzückte, des erstaunlichen Imanuel Kant, der damals im ruhigen Ernste in Königsberg die Kritik der reinen Vernunft schrieb und die Gesetze alles menschlichen Denkvermögens klarlegte, blieb man in Berlin vom Geiste der Zeit trop Nicolai unbewegt.

Im preußischen Staate herrichte nureiner: der Rönig von Preußen. Die ganze Fülle aller Gewalten vereinigte sich in seiner Person. Er unterstand nur densenigen Beschränkungen, die er sich selbst auferlegte, dergestalt, daß noch die Verfassung, die der preußische Staat nach 1848 erhalten hat, rechtlich als Selbstebeschränkung der Monarchie angesehen wird. Reinem irdischen Menschen, nur seinem Gotte war der undesichränkte König von Preußen verantwortlich, an keines Freundes oder Beamten, an keines Menschen Rat gesbunden.

Und diese rechtlich vollkommene Kraft war bermalen in die Hand eines schwachen Mannes gelegt. Wir, deren Feststehen zum monarchischen Staatsegedanken keinen Zweifel dulbet, scheiden mit Recht von der Unverletbarkeit dieses richtigen Prinzips die individuelle Persönlichkeit des jeweiligen Trägers der Krone.

Friedrich Wilhelm III., ernft= und pflichtgetreu,

fromm und rechtschaffen, gerecht und wahrhaft, war ein guter und reiner Mensch. Doch eine unbezwingliche Schüchternheit lähmte ihm die Tatkraft. "Jedes Hinaustreten in die Offentlichkeit", so schreibt Heinrich von Treitschke im Jahre 1879, "selbst das Reden in größerem Kreise fiel ihm lästig". Und doch: "er wollte der König sein, und er war es. Niemand hatte ihn je beherrscht". "So ist sein Name unzertrennlich verbunden mit den dunkelsten und den reinsten Grinnerungen unserer neuen Geschichte." Im einsamen Schlößchen zu Pares an der Seite seiner lieblichen Gemahlin Luise und im Kreise seiner Kinder verlebte er seine glücklichsten Tage. —

Ressortminister ber einzelnen Zweige ber Staatsverwaltung, ein einheitliches Gesamtministerium unter
einem Ministerpräsidenten gab es damals nicht. Die Staatsverwaltung war verteilt zwischen den Hauptbepartements, der Militärbehörde, dem Kabinettsministerium, dem Generaldirektorium und dem Justizministerium.

Der Regent verhandelte, beratschlagte und besichloß mit seinem Rabin ett. Seine Minister machten Anträge und führten die in der Kabinettseversammlung gefaßten Beschlüsse aus.

Dieses königliche Kabinett hatte kein gesetzliches und öffentlich anerkanntes Dasein; es verhandelte, beschloß und fertigte aus in der Gegenwart des Königs und im Ramen des Königs, dessen Person seine Handlungen sanktionierte. Die Betätigungs=

möglichkeit der Minister war von der Zustimmung bes Kabinetts abhängig. Dieses hatte alle Gewalt, die endliche Entscheidung aller Angelegenheiten, die Besehung aller Stellen, aber keine Berantwortlichkeit. Den Ministern blieb die Ausführung und Unterwerfung unter die öffentliche Meinung, sie besahen nur den Schatten ihrer Stelle; ihr Ehrgefühl ward besleidigt, ihr Pflichtgefühl abgestumpft. Der Monarch stand mit seinen Ministern weder in unmittelbarer Geschäftsverbindung, noch in der des Umgangs, noch in der der bes oder der besonderen Korrespondenz.

Die Hauptpersonen in diesem Ka= binett waren die Geheimen Kabinettsräte Beyme, Lombard und der Graf v. Haugwiß. Höflinge sind am allerwenigsten Typen; sie sind in der Regel besonders konkrete Individualitäten. Dem Geh. Kabinettsrat Beyme ward Ubermut und absprechendes Wesen nachgesagt. Der Geh. Kabinettsrat Lombard, vollkommen gleichgültig gegen Gut und Böse, beschränkte sich auf französsische Schöngeisterei. Das Leben des Ministers v. Haugwiß war eine ununterbrochene Folge von Verschrobenheiten oder von Außerungen von Verderbiheit eines seichten und unkräftigen, süßlichen und geschmeidigen abgestumpsten Lombrespielers.

So charakterisiert berjenige die bamaligen Ratgeber ber preußischen Krone, ber nunmehr das gefährliche Parkett des Hofes beirat und ber Mann ber Hoffnungen des Bolkes und ber rettenden Taten werben sollte: ber Freiherr vom Stein, der die unmittelbare Verbindung zwischen bem König und den obersten Staatsbeamten wieder herstellte und es durchsetze, daß die Personen, die den Vortrag der Staatsgeschäfte zur endlichen Entscheidung beim König hatten, gesetlich und öffentlich hierzu berufen und mit Verantwortlichkeit versehen wurden, auch daß die Einheitlichkeit der preußischen Staatsverwaltung gewährleistet wurde, und der es so verhinderte, daß der preußische Staat entweder sich auflöste oder seine Unabhängigkeit gänzlich verlor.

Das äußere Leben bieses Mannes barf als in diesen Tagen allgemein bekannt angesehen werden: Der Reichsfreiherr Heinrich Friedrich Karl vom und zum Stein wurde in Naffau am 26. Oktober 1757 geboren. Er wuchs auf unter der strengen Zucht eines stolzen, frommen, ehrensesten, altritterlichen Hauses, das sich allen Fürsten des Reiches gleichdunkte. Er beschäftigte sich mit Vorliebe mit der englischen Geschichte. Mit 30 Jahren war er bereits erster Direktor einer Kriegs- und Domänenkammer (in Kleve); 1804 ward er Finanzminister.

Beim Zusammenbruche bes Staates — 1806 — rettete er mit großer Umsicht die sämtlichen Geldvorräte der Königlichen Kassen sowie der ihm unters
stehenden Bank und Seehandlung nach Königsberg. Im April 1806 hatte er bereits dem König durch die Hand der Königin Luise eine Denkschrift über die sehlerhafte Organisation des Kabinetts und die Rotmenbigkeit ber Bildung einer Ministerialkonfereng Hierin war die mitgeteilte überreichen laffen. Charafteriftif ber Rabinettsrate mit enthalten. Dem Unterzeichner murbe bie Allerhöchfte Gnabe zuteil, boch blieb er noch bis zu den ersten Januartagen des Jahres 1807 im Röniglichen Dienste und verhinderte insbesondere im November 1806 das Zustandekommen eines noch schmählicheren Friedens, als es der Til= fiter murde. Als er bem Ronige wiederholt mitteilen ließ, er werde das Ministerium nur behalten, wenn die Kabinettsräte entlassen und der nachmalige Staatstangler Fürst v. Barbenberg Minister murbe, schrieb ihm ben König am 3. Januar 1807 u. a.: "Ihr Urteil mar ftets basjenige eines icharffinnigen Ropfes; aber Sie find ein miberfpenftiger, tropiger, hartnädiger und ungehorsamer Staatsbiener, ber, auf fein Genie und feine Talente pochend, aus Leiben= ichaft und perfonlichem Sag und Erbitterung handelt. Wenn Sie nicht Ihr respektwidriges und unanftanbiges Benehmen ju anbern willens find, fo tann ber Staat keine große Rechnung auf Ihre ferneren Dienste machen."

So hatte ihm ber König auf gut beutsch seine Meinung gesagt. Stein erbat und erhielt seine Dienstentlassung; auch Harbenberg trat von seinem Amte zuruck. Auf seinem Schlosse in Nassau entwarf Stein seine berühmte Denkschrift "Uber die zwecksmäßige Bilbung ber obersten und ber Provinzial-, Finanz- und Polizeibehörden in der preußischen

Monarchie", die die Grundlage der fpater von ihm in Preußen eingeführten Reformen enthielt.

Nach dem unglücklichen Frieden von Tilfit, dem 10. Juli 1807, ließ Friedrich Wilhelm III. neue Berhandlungen mit Stein einleiten, um ihn gum Bieder: eintritt in das Ministerium zu veranlaffen. Sarben: berg, Blücher, die Königin Luise baten ihn. nahm an und tam am 30. September 1807 nach Memel. In äußerst anädigen Worten murde ihm die Leitung des preußischen Staatswesens übertragen. Er begann mit unbeirrbarer Rraft und gaber Energie ben veralteten preußischen Staat in ein neues tatfräftiges, blühendes Staatsmesen umzugestalten. Er ging baran, alle irgendwie verfügbaren Mittel fluffig zu machen, um bie möglichft ichnelle Abtragung ber Kriegskontribution an Frankreich zu ermöglichen. Alle Staatsausgaben murben auf das notwendigste beschränkt. Die Bezüge ber Beamten murben herab: gesett. In großem Umfange murben Domanen veräußert und bei Ritterschaften und Bankiers verpfändet.

Mit Harbenbergs Silfe ward bas Pros gramm ber Reform gesetzgebung durchs geführt: Allen Sinwohnern gleiche Pflichten gegen ben Staat. Jeber muß persönlich frei sein und nur einen Herrn haben, ben König mit seiner Gesetztafel in der Hand. Alles Grundeigens tum im Staat muß jedem Erwerber zugänglich sein. Die Bevormundung der Kommunen deurch die Behörden mußenden, da sie allen Gemeinsinn unterdrückt. Die Justiz ist von der Berwaltung zu trennen.

Am 9. Oktober 1807 mard bas berühmte Edift erlaffen : Mit bem Martinitage 1810 hört alle Buts= untertanigfeit in unseren fämtlichen Staaten auf. Rach dem Martinitage 1810 gibt es nur freie Leute. Seder Breuge ift jum eigentumlichen Befit unbeweglicher Güter jeder Art berechtigt, jeder Sbelmann befugt, burgerliche Gemerbe ju treiben, jeber Bauer in ben Bürger=, jeber Burger in ben Bauernstand ju Gine Reihe kleinerer Gefete fuchte bas ge= werbliche Leben zu befreien. Am 19. Rovember 1808 mird bie Städteordnungerlassen. Am 24. November 1808 werden die noch jest bestehenden oberften Verwaltungsbehörden in preufischen Monarchie verordnet und ber Geschäfts= verwaltung die größtmöglichfte Ginheit, Rraft und Regfamteit gegeben. -

Runmehr sollte noch eine Kommunalordnung für das platte Land geschaffen, Stadt und Land in Kreisordnungen und Kreistagen vereinigt, darüber die Provinzen zusammengeschlossen und eine allgemeine Rationalrepräsentation eingeführt werden. Dieses ließ Stein den obersten Beamten seiner Verwaltung im Rovember 1808 mitteilen, als er nach 14 monatiger Ministertätigkeit zum zweiten Male den preußischen Staatsdienst und den preußischen Staatsverließ. Dies ist sein "politisches Testa »

ment". Sein Erbe hat der Staatskanzler von Harbenberg verwaltet, der den Staatskat errichtete, den Finanzplan bekannt gab, die Gesindeordnung und die Gewerbefreiheit einführte und namentlich auch die ding liche Bauernbefreiung in die Wege leitete, die dann später durch das Ablösungsgeset durchgessührt wurde. Die letzten Reste des früheren Zustandes werden erst in unserer Zeit durch das Eintreten der Amortisationsendtermine der domänensiskalischen und Rentenbankrenten beseitigt.

Stein ging, diesmal nicht in Ungnade feines Blutenben Bergens mußte ihn diefer gieben Könias. laffen. Napoleon befahl von Madrid unter bem 16. Dezember 1808: "Ein gewiffer Stein, le nommé Stein, welcher Unordnungen in Deutschland zu erregen fucht, wird bierdurch für einen Reind Frant: reichs und bes Rheinbundes erklart. Die Güter, Die ber genannte Stein, sei es in Frankreich ober im Gebiete des Rheinbundes, befigen möchte, werden mit Beschlag belegt. Der genannte Stein wird aller: orten, wo er burch unsere Truppen ober bie unserer Berbundeten erreicht werden tann, perfonlich jur Saft gebracht." — Im Dunkel ber Nacht floh er aus dem Baterlande. "Möchte mein Untergang in dem Sturm der Zeit meinem unglücklichen Baterlande nüplich fein, fo will ich ihn mit Freudigkeit tragen." das Riefengebirge ging's zu Wagen und Schlitten nach In Ofterreich arbeitete er gegen Rapoleon. Und als es sich nun in Breußen, in der herrlichen

Reit por bem Sturm, allenthalben ju regen begann, im Jahre 1812, rief ihn der Raifer von Aufland, und er kam und ichrieb ihm Denkidriften über die Lage Deutschlands und über die Fortsetzung des Rrieges gegen Napoleon nach deffen Bertreibung aus Rukland. Die Befreiungsfriege machte er in ber Umgebung des Baren mit. Mit den Monarchen jog er in Baris ein, nahm fpater am Wiener Rongreffe teil, zog sich bann aber, etwas verstimmt, auf seine Süter gurud, mo er bie Entwickelung ber politischen Berhältniffe aufmerksam verfolgte und fich mit Wiffen= schaft und Runft beschäftigte. Am 29. Juni 1831 ift er gestorben; nach seiner Grabschrift: Des ge= beugten Baterlandes ungebeugter Sohn, in Rampf und Sieg Deutschlands Mitbefreier.

"Sein Ibeal", sagt Treitsche in schöner Schilberung, "war das gewaltige deutsche Königstum der Sachsenkaiser; die neuen Teilstaaten, die sich seitdem über den Trümmern der Monarchie erhoben hatten, erschienen ihm samt und sonders nur als Gebilde der Willfür, heimischen Berrates, ausländischer Känke, reif zur Vernichtung, sobald irgendwo und irgendwie die Majestät des alten Königtums wieder erstünde. Sein schonungsloser Freimut gegen die gekrönten Häupter entsprang nicht bloß der angeborenen Tapferseit eines heldenhaften Gemütes, sondern auch dem Stolze des Reichsritters, der in allen diesen fürstlichen Herren nur pflichtvergessene, auf Kosten des Kaiserstums bereicherte Standesgenossen sah und nicht bes

greisen wollte, warum man mit solchen Zaunkönige soviel Umstände machte". Er wußte es gar nicht anders: "Ich habe nur ein Baterland bas ist Deutschland, und da ich nach alta Bersassung nur ihm und keinem besonderen Teile des selben angehöre, so bin ich auch nur ihm und nicht einem Teile desselben von ganzem Herzen er geben."—

Steins Städteordnung ift ein fcha in der äußeren Faffung eigenartiges Gefet. fie erhaben im Ton, beifpielsmeife in ber jes so viel hervorgehobenen Bestimmung über die Stad verordneten: "Das Gefet und ihre Wahl find ihn Bollmacht, ihre Uberzeugung und ihre Ansicht vor gemeinen Beften ber Stadt, ihre Instruktion, ihr Ge wiffen aber die Behörde, ber fie beshalb Rechenschaft, ju geben haben", - eine Beftimmung, ber gegenübn ber juristische Kommentator sich recht in Berlegenheit befand und etwa ausführte, daß ungefesliche Sand lungen ber Stadtverordneten mithin aufzufaffen feier wie Sandlungen eines Bevollmächtigten, der feim Vollmacht überschritten hat. Dann aber ist fie auch voll besonderlich anmutender Außerlichkeits. vorschriften, z. B., daß die Magistratsmitglie ber und Stadtverordneten bei ihren Busammenkunfter im Dienste der Stadt und bei der Ausübung ihre Amtes in gang ichwarzer Rleidung als Amtstleidung er scheinen, außerdem aber als Amtszeichen tragen follen in großen Städten golbene Retten mit golbenen De daillen, in mittleren Städten silberne Retten mit silbernen Medaillen, in kleinen Städten silberner Mezdaillen an einem Bande mit silberner Einfassung. "Es wird über die Form der Retten und das Gepräge der Medaillen besonders bestimmt werden", schließt nachdenklich das Grundgeset der neuen Bürgerfreizheit: "Wir befehlen allen Magisträten und Bürgerzschaften, sowie überhaupt jedermann, sich danach schulzdigft auf das Genaueste zu achten." —

Faft alle Grundgebanken der Steinschen Städtesordnung sind in die sog. revidierte preußische Städtesordnung vom 17. März 1831 und die heute in den sieben östlichen Provinzen der preußischen Monarchie geltende Städteordnung vom 30. Mai 1853 übersgegangen, so daß der Inhalt der Steinschen Teile das bekannte, jest geltende Recht ist. Nur die allerwichtigsten Abweichungen seien in großen Umrissen hervorgehoben:

Die Stadtverordneten, eine völlige Reuschöpfung des Gesetzes, jetzt neben dem Magisftrat stehend, waren in der Steinschen Städteordnung in gewisser Hinscht über den Magistrat gestellt. Zwar hießes: "Die ganze Geschäftsführung in allen das Gemeinwesen betreffenden Angelegenheiten soll sich zur Begründung der Einheit in dem Magistrat konzentrieren und von demselben geleitet werden." Doch ging es sofort weiter: "Der Bürgerschaft wird indessen zur Beförderung einer lebendigen Teilnahme

an biefen Angelegenheiten bie fräftigste Mitwirfung babei zugestanden."

Die Stadtverordneten haben über fast alle An: gelegenheiten allein zu beschließen, ber Magiftrat hat zumeist nur ihre Beschlüffe auszuführen, wenngleich er ausbrücklich als Borfteber ber Stadt bezeichnet wird, beffen Befehlen die Stadtgemeinde unterworfen Die Stadtverordneten mählen den Magistrat. Die Oberbürgermeister ber größeren Städte werben aus brei von ben Stadiverordneten zu Brafentierenben, wie noch heute in Frankfurt a. M., durch ben Ronig ernannt. Die vorgenannte Bestimmung von ber nur dem Gemiffen zu erstattenden Rechenschaft ftellte das Mandat der Stadtverordneten als ein nicht: imperatives, an keinerlei Instruktionen und Wahl: versprechungen gebundenes fest. Sie sollten "im vollsten Sinne Bertreter ber gangen Bur: gerfchaft" fein, "mithin fo wenig Bertreter bes einzelnen Begirts, ber fie gemählt hat, noch einer Korporation, Zunft usw., zu ber sie zufällig gehörten." Annahme von Remunerationen wird um fo meht ausdrücklich untersagt, "als die Annahme solcher Remunerationen ohnehin ichon Mangel an Ge: meinfinn verraten murbe". Zeder Stadtverord: nete wird dagegen durch das Vertrauen, welches die Bürgerschaft, vermoge der auf ihn gefallenen Bahl, ihm bezeigt, in einem hohen Grade geehrt und hat daher unter seinen Mitburgern auf eine vorzügliche öffentliche Achtung Anspruch.

Die einzelnen Stadtbezirke bekommen Be = zirksvorsteher, in bem betreffenden Bezirke angeseffene Hausbesitzer, die die Achtung ihrer Mitsbürger genießen und Geschäftserfahrenheit mit Gesmeinsinn und Ginsicht verbinden.

Das Bürgerrecht burfte niemandem versagt werden, der in der Stadt, worin er solches zu erlangen wünschte, sich häuslich niedergelassen hatte, und von unbescholtenem Wandel war. Das Bürgerrecht bestand in der Besugnis, städtische Gewerbe zu treiben und Grundstücke im städtischen Bezirk zu besitzen; wenn der Bürger stimmfähig war, erhielt er zugleich das Recht, an der Wahl der Stadtwerordneten teilzunehmen, zu öffentlichen Stadtämtern wahlfähig zu sein und in deren Besitze die damit verbundene Teilnahme an der öffentlichen Verwaltung nebst Ehrenrechten zu genießen.

Die Stadtgemeinde hat ihr eigenes Be ft e u e = rungsrecht. Sie ist verbunden, alles dasjenige, was zur Befriedigung des öffentlichen Bedürfnisses der Stadt erfordert wird und aus dem Gemeinde-einkommen nicht bestritten werden kann, auf die Stadteinwohner zu verteilen und aufzubringen.

Dem Staate bleibt das "oberste Aufsichts = recht über die Städte". Er übt es dadurch aus, daß er die gedruckten Rechnungsertrakte oder die öffentlich darzulegenden Rechnungen über die Berwaltung des Gemeinvermögens einsieht, die Beschwersen einzelner Bürger oder ganzer Abteilungen über

bas Gemeinwesen entscheibet, neue Statuten bestätigt und zu ben Wahlen ber Magistratsmitglieder die Genehmigung erteilt.

Hinfort ist die Stadtverwaltung unter die treibende Kontrolle der Offentlichkeit gestellt, offen den Wünschen und Ansprüchen des Publizkums, informiert durch die Sachzenntnis der Mitbürger und der Bestätigung verständigen Wollens ersichlossen.

Daher hat sich benn auch an diesem gutdurchsbachten Gesetzeswerke im Grunde bei der zweimaligen Revision nur verhältnismäßig wenig zu ändern gesfunden. Sin erfreuliches Zeugnis ist dies auch für die Tätigkeit dessen, der für Stein die Einzelabfassung der Paragraphen übernommen hat, des Königsberger Polizeidirektors, Seh. Kriegsrats Johann Gottfried Frey.

Bei uns in halle, wie hier nebenher eingeschaltet sein mag, hat der Urtext der Steinsich en Städteord nung, das Geset von 1808, niemals gesetzlich gegolten. Das alte preußisch = magdeburgische Halle war damals westsfälisch. Und über den Reichsbeputationshauptschluß und die Wiener Bundesakte hinaus galt bei uns die französische Rommunalverfassung, das Mairiesustem, das keine selbständige Munizipalität kannte, bis im Jahre 1831 die revidierte

preußische Städteordnung eingeführt, mit lebhafter Beteiligung die ersten Stadtverordneten gewählt und 1832 von diesen die ersten Magistratswahlen vorge=nommen wurden, wobei (nicht ohne vorangegangenen gewaltigen Standal) Mellin Oberbürger=meister wurde, der schon vorher die eigentliche Seele der städtischen Berwaltung gewesen mar.

Wohernahmen Stein und Harbens berg bie neuen Gedanken über Staats= organisation, Bauernbestreiung und Selbstverwaltung? Theoretiker streiten, ob sie in Aussührung von Gedanken der französischen Revolution oder in Anknüpfung an englische Zustände oder an ältere deutsche Rechtsgewohnheiten handelten.

Ich habe darüber folgende besondere Ansicht: Das Ziel der beiden Staatsmänner war ein sehr positives, un mittelbar praktische sieden preussischen Staat im inneren Bestande sicher und lebensfähig, ihn nach außen hin leistungsfähig zu stellen. Alles andere war Mittel zum Zweck: die Vergrößerung der gesellschaftlichen Basis des Staatswesens wie die Verleihung größerer Verwaltungsrechte war ein Mittel der Ermöglichung der Erfüllung verstärkter Pflichten.

Ich sehe in der Stein-Hardenbergischen Reformsgesetzgebung eine dem Bestehenden außersordentlich geschickt angepaßte Ginstelburchführung der neuaufgekomsmenen Lehren über die Produktionssfaktoren der Volkswirtschaft.

Frankreich und England, die beiben Länder, die fich aktionsfähig gehalten hatten, lehrten die beiben neuen Grundfäte:

In Frankreich betonte die physiofratische Schule, die Quelle des Nationalreichtums sei das Land, der fruchtiragende Boden. In England, dem alten Musterstaate der Selbstverwaltung, im Sinne rein ehrenamtlicher Führung der öffentlichen Verwaltungsgeschäfte nach dem Vorbilde der Friedensrichter, lehrte jest Abam Smith die Grundzüge seines Industrialismus: neue Werte schaffe, und daher Produktionsfaktor und Quelle des Nationalreichtums sei lediglich die menschliche Arbeit.

Die beiben preußischen Staatspraktiker waren auf der Suche nach solchen Quellen. Die fremben Lehren sind ihnen nicht entgangen.

Und in Preußen selbst kam ihnen bei ihrem Bestreben, durch neue Gesetze eine größere Fruchtbarkeit des Landes und eine weniger gehinderte Arbeitsmöglichkeit der Staatsangehörigen zu schaffen, ein Doppeltes zu hilfe:

Wilhelm v. Humbolot, der feingeiftige Schöpfer der Berliner Universität, einer der bestegebildeten Männer aller Zeiten, gab neuen Aufsassungen über die Aufgaben der Staatsverwaltung Worte: Der Staat enthalte sich aller Sorgfalt für den positiven Wohlstand der Bürger und gehe keinen Schritt weiter, als zu ihrer Scherstellung gegen sich

felbst und gegen auswärtige Feinde notwendig ist; zu keinem anderen Endzwecke be= schränke er ihre Freiheit. Uberlegene Macht des Staates hemmt nur das freie Spiel der Kräfte."

Und Albrecht Thaer, ber Begründer ber rationellen Landwirtschaft, stürzte das jahrhunderteslang mit bäurischer Zähigkeit festgehaltene System der Dreifelderwirtschaft, wonach die Feldmark zu je einem Drittel entweder mit Sommergetreide oder mit Wintergetreide bestellt wurde, oder brach liegen blieb, und er bewies, daß im preußischen Lande die Brache unnötig sei und eine gehörig eingehaltene Frucht folge es ermögliche, auch das dritte Drittel des Bodens ohne Schaden seiner Ertragssfähigkeit ständig zu benuzen.

Preußen war Agrarstaat, bamals, wo bie Städte noch längst nicht die jetige Bedeutung hatten, gänzlich unbezweifelbar.

Das Land sollte ertragreich gemacht, die Arbeitssfähigkeit der Staatsangehörigen von gesetzlichen Hemmnissen befreit, die Zentralinstanz von der Fülle der Geschäfte, von denen ein großer Teil als überhaupt nicht mehr im Zwecke des Staates liegend angesehen werden durfte, zur Ermöglichung größerer Betätigungsfähigkeit entlastet und die handels und gewerbetreibende Bevölkerung zu persönlichen Diensten für den Staat herangezogen werden. Daher Bauernbefreiung, daher Landes

tulture bitt und Gemeinheitsteilung, baher Gewerbe- und Handelsfreiheit, baher Städteordnung und Selbstverwaltung.

Daher spricht die Einleitung zu dem Bauernsbefreiungsebikt davon, daß alles entfernt werden solle, was den einzelnen bisher hinderte, den von ihm erreichbaren Wohlstand zu erlangen, daß alles entfernt werden solle, was der Wiederherstellung der Kultur die Kraft der Tätigkeit der Staatsangehörigen entziehe und was den Wert ihrer Arbeit verringere; und daher verlangte die Einleitung zur Städteordnung, daß der Gemeinsinn erregt und ershalten werde.

Im übrigen: Mit Recht ist betont worden, daß ber größte Teil der von Stein unerledigt gelaffenen Programmpunkte sich seinerzeit kaum hätte durch: führen lassen. Die Landgemeindeordnung ist erst im Jahre 1891 eingeführt worden. Nur einer wirtschaftlich freien Besitztlasse ist eine wirksame Teilenahme am Staate möglich.

Stein ging zentral vor vom Interesse ber Gesantheit, dem er die Untertanen dienstbar machen wollte. Zunächst aber mußten sie wirt: schaft lich befreit werden, und "diese wirtschaftliche Befreiung des Bauernstandes vom Großgrundbesit," war, wie mit Recht hervorgehoben worden ist, "das politische Programm des von der Freiheit des Individuums ausgehenden Staatskanzlers Fürst en v. hardenberg, des erften liberalen Staatsmannes, ben Breufen gehabt hat." -

Die glänzende äußere Entwickelung der preupischen Städte seit dem Erlaß der Städteordnung von 1808 ist bekannt.

Biel läßt fich fagen von ben mobernen Aufgaben ber städtischen Bermaltung: vom Bau von Betriebs= und Verkehrsanlagen, von Berwaltungsgebäuden, Schulen, Theatern, Mufeen, Bibliotheten, Babern, Rrantenhäufern und Friedhöfen, Wafferwerten, Schlachthöfen, Gasanftalten, Ranalen, Strafenbahnen, Parkanlagen, Glektrizitäts= werten, Strafenreinigung und Müllabfuhr, Bedürf= nisanstalten und Desinfektion, Bobenpolitik, Rlein= wohnungsbau- und Wohmingskontrolle, Volksbygiene und Säuglingsfürsorge, Arbeiterversorgung, Bolfsichulen, Mittel=, Fortbildungs= und Fachschulen, Volksbibliotheken und Lefehallen. Vieles läßt fich fagen von der Berwaltung des städtischen Grund- und Rapitalvermögens, vieles von Sinkommensteuer= zuschlägen, Umfat-, Wertzumachs-, Schanktonzeffionsfteuern, Billettfteuern, Sunbefteuern, Steuern nach dem gemeinen Werte! Uberall, überall: ein gemal= tiges Wachstum!

Wir wollen auf diese bekannten Erscheinungen des äußeren Glanzes nicht eingehen. Sie sind zustem zu einem großen Teile problematisch. Es läßt sich nicht feststellen, wieviel gerabe ber Einführung der Städteordnung

Steins hiervon zuzuschreiben ist. Sisenbahn, Handel und Berkehr, technischer Fortsichritt der Industrie, unzählige andere Gesetz, Freizügigkeit und Aktienrecht, Gewerbefreiheit und Sozialgesetzebung haben mitgewirkt zu dem Bilde, das uns jetzt sichtbar ist. Sin anderer Ausgang des Jahres 1870 allein schon hätte eine ganz andere äußere Erscheinung geschaffen.

Ferner bliebe für den Betrachter, der den Blick auf den Gesamtstaat gerichtet hält, des öfteren fraglich, ob alles an diesem äußerlichen Aufschwunge nur erfreulich sei. Es bliebe zu der achten, daß z. B. die Zunahme der Bevölkerungszahl der großen Städte z. T. auch eine sehr drückende Rehrseite hat in der Entvölkerung des platten Landes, und daß neben dem vielen Glanze der Großstadt auch unwermittelt das beängstigende Großstadt unserer Staatswissenschaft, die Massenscheinung des Industries proletariats, ist ein hauptsächlich großstädtisches soziales Phänomen. Die Wirtschaften ist sie krisen treffen die großen Städte am schwersten.

Nein, in ben äußeren Dingen herrscht nicht eitel Freude und wird sie nie herrschen. Die Berschäft ung der Gegen säte hat hier, wie das Gewiffen gestählt, so auch die Tätigkeit der Berwaltung zu größter Sorgsamkeit verpflichtet. Die Aufgaben sind schwerer geworden. Der Blick in die Zukunft ist nicht ungetrübt.

Richten wir daher unsere festlichen Gebanken auf ben innersten Rern ber Dinge und laffen wir uns bort die Berechtigung unserer Freude bestätigen.

Mit vielen schönen Reben wird in diesen Tagen bic Einführung der Freiheit der Städte, der Selbst= verwaltung in Breußen geseiert.

Wir hier wollen heute prüfen, welchen syste = matischen Gebankenwert diese Tat für unser gemeinschaftliches Dasein hat.

Selbstverwaltung an sich ift zunächst noch nicht unbedingt inhaltlich richtig; sie ist an sich weder gut, noch schlecht. Ihr Begriff bedeutet nur eine gewisse Form, in der die Verwaltung organissiert ist; und es käme mithin alles darauf an, daß von dieser Organisationsform im einzelnen Falle der ichtige Gebrauch gemacht, daß sie mit dem richtigen Inhalte gefüllt werde.

Daß sie von vornherein dazu ungeeignet sei, hat niemand zu behaupten gewagt; er würde durch die Betätigung der Selbstverwaltung im 19. Jahrhundert zudem längst seines Denkselbers überführt sein.

Wie wird nun die Selbstverwal= tung richtig geführt?

Der besoldete und der unbesoldete Beamte der Selbstverwaltung, der in ihr tätige Mitbürger: sie alle haben ihr Amt nicht auf Grund einmal geschehener Wahl; sie haben es ständig mit Fug nur auf Grund

bes fortdauernden Vertrauens der Bürgerschaft, auf Grund dessen sie überhaupt gewählt sind.

Sie können richtig nur handeln, wenn sie sich jederzeit in ihren Spezialaufgaben als Repräsentanten dieser Bürgerschaft betätigen, wenn sie nicht dem eigenen Willen, sondern dem allgemeinen Willen gemäß handeln.

Der allgemeine Wille aber ist nicht ber zufällige Wille aller einzelnen. Er ist die Richtschnut, nach der alle einzelnen ihren zufälligen Willen im haltlich einrichten sollen. Und darin besteht zugleich das richtig erkannte Gesetz der Freisheit.

Der wahrhaft freie Mensch handelt nicht nach Willfür, sondern er handelt so, daß die Maxims seines Willens jederzeit zugleich als Prinzip einer allgemeinen Gesetzebung gelten kann; er handelt freivon bloß subjektiv gefülltem Inhalte seines Strebens und Begehrens, sodaß, wenn alle anderen eben so hanzbeln, das Ganze dabei bestehen und gedeihen kann.

Als Stein dem Bürger die Freiheit gab, hatte Kant ihm schon so den Verstandesbegriff der Freiheit erklärt. Der preußische Staatsreformator handelte durchaus im Sinne dieses Grundgedans tens des sozialen Lebens, im Sinne der

"Ibee einer allgemein bas Recht verwaltenden bürger= lichen Gesellschaft".

Dieses formale Prinzip steht fest, an keine Zeit, an keinen Ort gebunden. Und wir haben uns zu fragen:

Dürfen wir sagen, daß wir, die die Möglichkeit seiner Anwendung hatten, auch wirklich nach ihm gehandelt haben? Wir müssen uns fragen: Haben wir von unserer Freiheit den rechten Gebrauch gemacht? Haben wir in den Einzelfragen unferes städtischen Lebens allezeit den Blick auf das Ganze gerichtet geshalten? Sind wir immer frei geblieben von bloßsubjektivem Drängen und Begehren?

Möge ein jeder für sich diese Frage vor seinem eigenen Gewissen prüfen und beantworten.

Was aber das Allgemeine anbelangt, so stehe ich nicht an, auf Grund doch nun auch schon mehr= jähriger Tätigkeit und Erfahrung mit einem freudigen Ja zu antworten. Der ern ste Wille dazu ist da und wird täglich und stündlich betätigt.

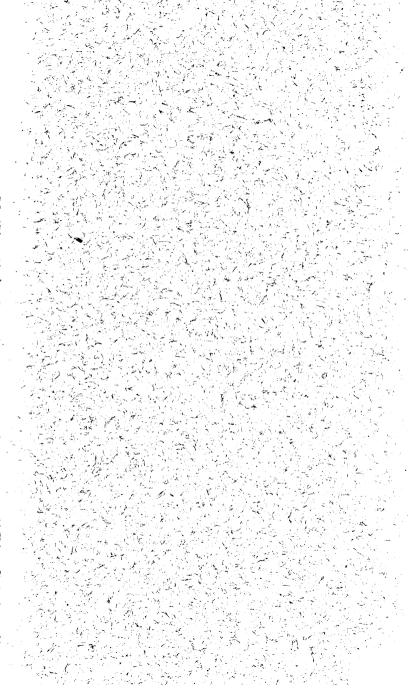
Viel sind der Männer und viel der Seschäfte bes städtischen Dienstes, vielfach werden Kat und Erfahrung, Zeit und Arbeitskraft der einzelnen Bürger in Anspruch genommen. Aber durch all bieses betriebsame Vergleichen der Gedanken der einzelnen geht doch immer als Grundstreben hindurch der ernste Wille zum objektiv Richtigen. Und ein selbst leises Abweichen von der

Mittellinie ruft schon den ausgleichenden Gegendruck hervor. So wird es tatsächlich im Kerne gehandhabt, daß das Gewissen die Rechenschaftsbehörde und die Ansicht vom gemeinen Besten der Stadt die Instruktion bilbet.

Und das wird so bleiben, weil es so bleiben muß.

So haben wir ein Recht, uns an diesem Festtage zu freuen. Wir denken des Mannes wert zu sein, dessen Bild wir uns jetzt zum Schlusse nochmals vor Augen halten:

Er stand in Lieb und Trene Zu Thron und Herrschaus Und baute für das Neue Die alten Pfeiler aus. Nicht trug er der Berneinung Im Kampf die Fahne vor, Doch für die freie Meinung Schwang er sie hoch empor. Auch er für heil'ge Rechte Focht weiter sonder Scheu: Treulos sind alle Knechte, Der Freie nur ist treu!



- Arahmer, Dr. Sorft, Stadtent, Privatogent ber Arafteligisenlugt an ber Universität halle a. b. S. Gegenfeitige Vertrage. Studien jur Softematil bes Reichstrechts, gr. 8. geh. A 3,50.
- Arahmer, Dr. Horft, Stadtent, Pelvatbagent an der Untwerftelt Salle a. d. S. Ein Colleg bei Christian Chomasius. Bur 250. Wiederfehr seines Gehurtstages. Wilt Vilonts des Christian Thomasius.

 4°. geh. "A 1,50.

Refine, Dr. Bauf, ord Profesior ber Rente au ber linberfille

I. Teil: Aber das älieste bremische Grundbruch (1438-1558) und seine Stellung im Liegenschaftsrechte Miseinem Arhundenanhange, gr. 8. geb. 43,50. II. Teil: Aber die Breslauer Stadtbiicher. In Borbereitung.

Jambert, Dr. G. Dt. Die Gutwickelung ber beutichen Stabte Verfaffungen im Mittelalter. Aus ben Duellen bargelegt. Bwei Banbe. #7.50.

Sambert, Dr. E. M., Bas hallifche Patriciat. Ein Beltrag gur Geschichte ber bentigen Städteverfaffungen im Mittelalier.

Serhberg, Dr. Guftav Frb., Brofefor der Geichtete an ber Und verfitat balle a. b. Gefchichte ber Stadt Salle an ber Saate von ben Unfangen bis jur Neuzeit. Rach ben Duellen bargeftellt. 3 Banbe, & 21,-, geb. & 26,25.

- Airchhoff, Biof. Dr. Alfred, Die altesten Welstlimer ber Studt Grfurt über ihre Stellung jum Erzitift Mainz, aus den Handschriffen heransgegeben, ertfatt und mit aus führenden Abhandlungen verleden. Ein Beitrag zur Berfasiungs und Kulturgeschichte der dentschen Stadte. Rebft einem Plan der Stadt Ersurt um 1300 und einer ilbersichtsfarte den Mittelthüringen gezeichnet dem Wazer Bödner.
- Kanfen, Proj. Dr. Otto, Die dentschen Städte im Mittelalter. I. Gründung und Entwidelung ber Stäbte. \$7,50; in Halbfranzband. # 9.
- 5ad, Broj. Dr. August, Dentsches Leben in der Vergangenheit. 3mei Bande.

A 12,-; in gwei eleg. Originaleinbanden A 15,50.

Schmoffer, Brof. Dr. Gustav, Jur Geschlichte ber deutschen Pleingewerbe im 19. Jahrhundert. Statistische unb nationallitonomische Untersuchungen

